Nummer 288 — 28. Jahrgang
Erscheint 6 mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Heraklicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Debczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonnabend, 14. Dezember 1929
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt jegliche jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 5705. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 41719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20111 und 21012.

Kabinett Müller gesichert?

Nur den Grundsätzen, nicht den Einzelheiten des Finanzprogramms der Regierung sollen die Parteien beistimmen

Klare Entscheidung!

Berlin, 13. Dezember.

Reichstagspräsident Löbe hat den Fraktionen mitgeteilt, daß er die Absicht habe, die Abstimmung über das von der Regierung geforderte Vertrauensvotum auf jeden Fall noch heute, sei es auch um den Preis einer Nachtsitzung, herbeizuführen. Der Reichstag wird also heute über das Schicksal der Regierung Müller entscheiden. Angesichts der ungemein großen Verantwortung, die ein Sturz der Regierung in diesem Augenblick auf die Parteien laden würde, scheinen die Fraktionen mehr und mehr bereitwillig, ihre Bedenken zurückzustellen. Auf der anderen Seite hat der Reichskanzler darauf verzichtet, eine Zustimmung zu allen Einzelheiten des Finanzprogramms schon jetzt zu verlangen, vielmehr will sich die Regierung mit einer allgemeinen Zustimmung zu den Grundsätzen des Programms begnügen. **Auf dieser Grundlage erscheint eine Einigung als durchaus möglich.**

Die Besprechungen der Parteiführer mit dem Kanzler sind gestern den ganzen Tag über fortgeführt worden. Als bemerkenswertes Ergebnis dieser Verhandlungen ist zu buchen, daß sich die Deutsche Volkspartei bereiterklärt hat, auf den Boden des Regierungsprogramms zu treten, wenn von den übrigen Parteien die restlose Durchführung dieses Programmes unbedingt gewährleistet werde. Dieser Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei steht auf der anderen Seite bisher allerdings noch immer die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegenüber. Bei dieser Sachlage würde die Verantwortung für einen etwaigen Sturz der Regierung allein die Sozialdemokratie treffen. Man glaubt, daß die Sozialdemokratie diese Verantwortung nicht wird übernehmen wollen. **Die allgemeine Ansicht geht daher dahin, daß man im Laufe des heutigen Tages zu einer Einigung auch mit den Sozialdemokraten kommen wird.**

•

Die Berliner Morgenblätter beschäftigen sich lebhaft mit der Lage des Kabinetts Müller. Der „Vorwärts" setzt als Schlagzeile über seinen Bericht die Worte des Kanzlers: „Die Stunde ist ernst!" und bemerkt, besonders stark wirkten in dieser Rede diejenigen Stellen, wo Gefahren geschildert werden, die sich aus der Ablehnung des Sofortprogramms und dem Sturz der Reichsregierung ergeben würden. — In der „Voss. Ztg." heißt es: Wenn in der Regierungserklärung weiterhin die Beseitigung des Kassendefizits als die entscheidende Frage bezeichnet wird, dann ist damit nicht nur die finanzielle Seite gemeint, sondern auch die politische. — Das „Berliner Tageblatt" schreibt: Müllers Rede war dem gesamten Reichstage neu. Erst in der letzten Nacht hat der Kanzler sie entworfen. Diesmal ist es wirklich ein parlamentarischer Kampf, nicht eine sorgfältig vorbereitete Aufführung, deren Ausgang vorher bestimmt ist.

Die „Germania" schreibt: **Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine klare Entscheidung gestellt, vor der es kein Ausweichen mehr gibt.** — Die „Deutsche Allg. Ztg." fordert den Sturz der Regierung Müller—Hilferding, solle mit ihr nicht auch das Deutsche Reich bankerott machen. Ein Vertrauensvotum im Reichstage wäre nichts als ein leeres, aber gefährliches Spiel mit Worten. — Die „Deutsche Tageszeitung" sagt: Die Reichsregierung stellt jetzt ihre Mehrheit vor das Ultimatum: „Vogel friß oder stirb." — Der „Berl. Lokalanzeiger" spricht davon, daß der Reichskanzler die unlösbare Aufgabe gemacht habe, das Ergebnis elfjähriger sozialistischer Experimente am blutarmen deutschen Volk dadurch zu verteidigen, daß er neue wirtschaftliche Belastungen forderte.

Schachts neuer Schritt

Berlin, 13. Dezember.

Zwischen dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und der Reichsregierung ist gestern eine neue Auseinandersetzung über das Sofortprogramm, daß zur Erleichterung der Kassenlage des Reiches führen soll, entstanden. Wie der Kanzler gestern im Reichstag dargelegt hat, wird am 31. Dezember ein ungedecktes Defizit von 330 Millionen für die Reichskasse vorhanden sein. Zur Deckung dieses Defizits hatte sich der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding an ein amerikanisches Finanzkonsortium zur Gewährung eines sog. Ueberbrückungskredits gewandt. Dieses amerikanische Bankenkonsortium sieht nun dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wissen, daß es die deutschen Garantien nicht als ausreichend ansehen könne, ja, es ging sogar noch weiter und verlangte für den gewünschten Kredit die ausdrückliche Uebernahme der Bürgschaft durch den Reichsbankpräsidenten.

Dr. Schacht erklärte nun seinerseits dem amerikanischen Bankenkonsortium, daß er angesichts der zur Zeit bestehenden deutschen Finanzlage eine solche Bürgschaft nicht übernehmen könne, daß er sich aber sofort bemühen werde, daß die dafür unerläßlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Dr. Schacht wandte sich an die Reichsregierung und teilte dieser mit, daß das vorgeschlagene Sofortprogramm als Garantie nicht ausreiche und daß es daher eine Erweiterung erfahren müsse, um einen Garantiebetrag von etwa 500 Millionen Reichsmark zu erreichen. — Dr. Schacht erschien im Laufe des Abends im Reichstag und konferierte längere Zeit mit den Mitgliedern des Reichskabinetts.

Diese Verhandlungen der Regierung mit dem Reichsbankpräsidenten sind dem „Vorwärts" zufolge günstig verlaufen. Schacht soll erklärt haben, daß er gegen die Führung und den Abschluß der Verhandlungen über ausländische Kredite des Reiches nichts einzuwenden habe. **Man kann annehmen, daß dem Abschluß des Anleihegeschäfts keine unüberwindbaren Schwierigkeiten entgegenstehen.** Für die Verzinsung werden Sätze genannt, die unter den gegebenen Verhältnissen als noch günstig zu betrachten sind.

Kräfteaufmarsch am Pazifik

W. R. Es bedarf heute keiner Begründung und Erklärung mehr für Berichte über fern- und fernöstliche Vorgänge, auch wenn darin Dinge behandelt werden, die sich früher verhältnismäßig unbeachtet, ja fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit abzuspielen pflegten. Noch auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie im September d. J. ist von den stärksten Autoritäten der deutschen Wirtschaft auf die realen Hintergründe des Schlagworts von der Verlagerung des weltpolitischen Schwergewichts nach dem Fernen Osten hingewiesen und davor gewarnt worden, sich von den Entwicklungen überraschen zu lassen. Gerade die Kräftezentren aber, von denen hier berichtet werden soll, sind geeignet und haben den Ehrgeiz, Träger und Förderer der wichtigsten Entwicklungstendenzen der Zukunft im Bereich des Pazifischen Ozeans zu sein. Es handelt sich einmal um das Pacific-Institut, dessen III. Pan-Pazifische Konferenz soeben in Tokio abgehalten wurde, ferner um den letzten (II) „Revolutionären Gewerkschaftskongreß der Arbeiter am Stillen Ozean", womit die Tätigkeit des Moskauer „Sekretariats für den Stillen Ozean" in engem Zusammenhang steht und endlich um die Frage der Abhaltung einer Pan-Asiatischen-Konferenz, die der Präsident des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, angeregt hat. Um das Bild der internationalen Kräftevereinigungen, die sich um das Schicksal des Pacific bemühen, zu vervollständigen, sei noch erwähnt, daß sich vor nicht langer Zeit auch eine „Fünfte Internationale" in Japan konstituiert hat, die die Emanzipation der farbigen Rassen propagiert und das angebliche wirtschaftliche Monopol der weißen Rassen zerstören will. Erfreut sich diese Vereinigung vorerst auch nur einer recht theoretischen Existenz, so darf die Tatsache, daß ihr Gründer ein Mitglied des Rates der sozialdemokratischen Partei Japans ist, doch als Symptom für die grundsätzliche Einstellung gewisser nicht unwichtiger Kreise Japans gelten.

Der III. Pan-Pazifische Kongreß erfreute sich diesmal einer größeren Beachtung, als seine beiden Vorgänger, weil inzwischen der Präsident des II. Pan-Pazifischen Kongresses, Dr. Wilbur, jetzt Staatssekretär des Inneren in Hoover's Kabinett, und der Führer der japanischen Delegationen zu den früheren Pan-Pazifischen Konferenzen, Dr. Inouye, jetzt japanischer Finanzminister ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die auf den Pan-Pazifischen Kongressen gemachten Erfahrungen und die dort gewonnenen Erkenntnisse solcher Persönlichkeiten deutlich in ihrer offiziellen Einstellung den einschlägigen Problemen gegenüber zutage treten werden. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß der Pan-Pazifische Kongreß (wie das „Institut für Pazifische Beziehungen" auf Honolulu, von dem die Pan-Pazifischen Kongresse veranstaltet werden), entschiedenen Wert darauf legt, nicht als offizielle Veranstaltung zu gelten. So sind zwar die zu den pazifischen Kongressen zusammentretenden Persönlichkeiten der einzelnen Länder nicht als Regierungsvertreter anzusprechen, dürfen vielmehr nur Geltung als Privatmänner beanspruchen, die theoretisch die Interessen ihrer Nationen vertreten, aber dessenungeachtet werden natürlich die Behörden keines am Gebiete des Pacific interessierten Landes auf die Dauer an Ereignissen vorbeigehen können, wie diesen Pan-Pazifischen Kongressen und ihren dank der Arbeit der hervorragendsten Autoritäten auf allen Gebieten gezeitigten Ergebnissen.

Im Gegensatz zu den im Folgenden zu behandelnden Organisationen, sind die Pan-Pazifischen Kongresse, wie das Institut von Honolulu, erst in zweiter, wenn man will, in letzter Linie politische Veranstaltungen. Ihr Gewicht liegt darin, daß sie in einer bisher beispiellosen Weise der zweifellosen und unabsehbaren welt- und wirtschaftspolitischen Entwicklung des pazifischen Gebietes und seiner Randstaaten vorbauen wollen. Die Hauptthemen der Beratungen des Kongresses waren denn auch bevölkerungspolitische Probleme, die Voraussetzungen, die Fortführung und die voraussichtlichen Folgen der Industrialisierung der Länder des Fernen Ostens, sowie alle soziologischen, verkehrsgeographischen und sonstigen Teil- und Neben-Probleme dieser Hauptkomplexe. Die aktuelle politische Situation kam in der Hauptsache nur in allerdings sehr eingehenden japanisch-chinesischen Auseinandersetzungen zum Ausdruck, wobei der frühere Direktor der japanischen Südmandschurischen Eisenbahnen die Politik Japans in China und der Mandschurei in ruhiger, aber entschiedener Weise verteidigte. Eine hochpolitische Diskussion entspann sich weiter um die Frage der Aufhebung der fremden Exterritorialitätsrechte in China, wobei vollständige Ueber-

Pacellis Nachfolger

Rom, 11. Dezember.

Ueber die Nachfolge Pacellis ist amtlich noch nichts bekannt. Doch geht jetzt in römischen Kreisen das Gerücht um, die Berliner Nuntiatur werde in die Hände des jetzigen Nuntius in Budapest, Cesare Orsenigo, gelegt werden.

•

Der bisherige päpstliche Nuntius, Dr. Pacelli, verließ heute Berlin, um sich nach Rom zu begeben. Tausende von Menschen bildeten auf dem Wege zum Anhalter Bahnhof Spalier, um ihm ein Lebewohl zuzurufen. Wir werden über diesen bedeutsamen Aufmarsch der Katholiken Berlins noch eingehend berichten.

Der Abzug der Engländer aus Wiesbaden

London, 13. Dezember.

Die Blätter veröffentlichen eingehende Berichte aus Wiesbaden über das Ende der „Britischen Wacht am Rhein". „Daily Expreß" schreibt in einem Leitartikel, **die Besetzung hätte schon längst ein Ende finden müssen,** und, wenn die britische Politik nicht sowohl ihre Freiheit als auch Initiative verloren gehabt hätte, so wäre sie auch schon lange beendet worden. Großbritannien sei ebenso dankbar wie Deutschland, daß ein sinnloser, aufreizender Zustand jetzt zu Ende gegangen ist.

Der Leitartikel des „Daily Herald" ist überschrieben „Rhein, lebe wohl!" Das Blatt schreibt: Die **britischen Truppen rückten vor 11 Jahren in Köln als Sieger ein — sie verließen Wiesbaden gestern als Freunde.** — „Daily Herald" beglückwünscht Henderson zur Erreichung eines der Ziele, die er sich vornahm, als er sein Amt antrat, und hält es für ein gutes Zeichen, daß dieser Erfolg am Tage erzielt wurde, wo die Ankunft eines britischen Botschafters in Moskau und eines Sowjetbotschafters in London auf einem anderen Gebiet den Fortschritt der von Henderson verfolgten Politik der Vernunft, des Friedens und der Freundschaft mit allen Nationen darlege.

Der neue schweizerische Bundespräsident

Bern, 12. Dezember.

Die Vereinigte schweizerische Bundesversammlung wählte am Donnerstag mit 143 von 176 gültigen Stimmen Bundesrat Jean Marie Musy, den Leiter des Finanzdepartements zum Bundespräsidenten für 1930. Musy hatte diese Würde bereits 1924 inne. Er gehört der katholisch-konservativen Partei an. Mit 177 Stimmen von 181 Stimmen wählte die Versammlung sodann Bundesrat Dr. Häberlin zum Vizepräsidenten für die gleiche Zeit. Häberlin leitete das Justizdepartement. Er gehört der freisinnigen Partei an. Bundesrat Häberlin bekleidete bereits 1926 das Amt des Vizepräsidenten.

Der heutigen Nummer liegt das „St. Bennoblatt", das Sonntagsblatt für die Diözese Meißen, und die Kinderbeilage „Frohmut" bei.

SLUB
Wir führen Wissen.